

gegenwärtig noch komplizierter geworden und die Gefahr für den Frieden und die Entspannung bedeutend angewachsen ist. Das ist die Folge der weiteren Aktivierung der imperialistischen Politik der Stärke, der Konfrontation und des Hegemonismus, der Anhäufung ungelöster internationaler Probleme. Die imperialistischen Kreise, die diese Politik betreiben, verletzen offen die Unabhängigkeit und Souveränität der Staaten, mischen sich in ihre inneren Angelegenheiten ein, wenden in den internationalen Beziehungen immer häufiger Gewalt an oder drohen mit ihrer Anwendung.

Gleichzeitig damit werden auf dem Wege der Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen auf gleichberechtigter und gerechter Grundlage immer neue Hindernisse errichtet. Im Kampf um Energie- und Rohstoffressourcen wird immer häufiger gegen die Entwicklungsländer Gewalt angewendet oder angedroht. Das ruft in den zwischenstaatlichen Beziehungen Instabilität hervor und führt zum Entstehen neuer Spannungsherde.

Die imperialistischen und reaktionären Kräfte nutzen all das zur Erhöhung der Militärbudgets und zur Forcierung der langfristigen Rüstungsprogramme aus. Dadurch entstehen neue Hindernisse für die Festigung der Sicherheit in Europa, wo es nach wie vor keine Fortschritte in der militärischen Entspannung und der Abrüstung gibt, wo die Rüstungsausgaben, die Truppen und Rüstungen weiter verstärkt und in immer größerem Maße Vernichtungsmittel angehäuft werden, besonders nukleare, die die Völker des Kontinents bedrohen.

Eine besondere Gefahr birgt der Beschluß der NATO über die Produktion und die Stationierung neuer Arten amerikanischer nuklearer Raketenwaffen mittlerer Reichweite in Westeuropa in sich. Wenn der Beschluß verwirklicht wird, wird sich die Lage auf dem europäischen Kontinent entschieden verschlechtern, da *sich* eine Vergrößerung des zerstörerischen Potentials in Europa unausweichlich auf das politische Klima und die Lebensinteressen der Völker des Kontinents auswirkt und neue gewaltige Ausgaben nach sich zieht, die den Völkern eine noch schwerere Last aufbürden.

Die USA haben die Ratifizierung des sowjetisch-amerikanischen Vertrages über die Begrenzung der strategischen Waffen (SALT II) aufgeschoben, bringen gemeinsam mit einigen ihrer Verbündeten die Verhandlungen zu zahlreichen wichtigen Aspekten der Begrenzung des Wettrüstens zum Stillstand - in einigen Fällen haben sie diese sogar völlig abgebrochen - und handeln somit entgegen den Interessen des internationalen Vertrauens und der Entspannung und im Widerspruch zu den Beschlüssen der Sondertagung der UNO-Vollversammlung zur Abrüstung. Es häufen sich die Fälle, daß sie unter Mißachtung Unterzeichneter politischer, Handels- und Wirtschaftsverträge und Abkommen demonstrativ von ihren Verpflichtungen zurücktreten und damit das Prinzip der Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen nach Treu und Glauben, das in der Charta der Vereinten Nationen und der Schlußakte der gesamteuropäischen